

Offene Bürgerschulen

Vortragsabend des Schulamts

LÖRRACH (BZ). Das Staatliche Schulamt Lörrach organisiert am Donnerstag, 19. November, 19 Uhr, im Bürger- und Gästehaus in Schliengen einen pädagogischen Abend zum Thema „Offene Bürgerschulen“. Unter anderem spricht Professor Martin Weingardt von der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg über einen neuen Ansatz von Öffnung von Schule unter Einbeziehung lokaler und regionaler Bildungsorte und -partner. Auch in Baden finden sich etliche Schulen, die sich über Netzwerke nicht nur Experten aus dem Gemeinwesen, zum Beispiel aus Betrieben, Vereinen sowie Jugend- und Sozialarbeit, sondern auch über die Gründung von schulischen Bürgerbeiräten eine verstärkte Beteiligung einzelner Bürgerinnen und Bürger im Kontext der schulischen Bildungsarbeit erschlossen haben.

Martin Weingardt hat dieses Konzept über fünf Jahre an sieben Schulen wissenschaftlich begleitet und wird darüber berichten. Als weiterer Gastredner wird Bernd Mumbach, Systemischer Berater und Schulbegleiter der Initiative „Schulen im Aufbruch“, einen Impulsvortrag halten mit dem Titel: „Worauf es in Schulen wirklich ankommt“. Im Anschluss besteht Möglichkeit, mit den Rednern und weiteren Experten sich auszutauschen, kündigt das Staatliche Schulamt an. Der Eintritt ist frei.

Stickelberger und Frey in Gemeinschaftsschulen

LÖRRACH (BZ). Die Landtagsabgeordneten Rainer Stickelberger (SPD) und Josha Frey (Grüne) beteiligen sich an der landesweiten Aktionswoche der Gemeinschaftsschulen. So hat Frey am Montag die Albert-Schweitzer-Schule in Lörrach besucht; Stickelberger wird sich kommende Woche bei der Markgrafenschule Weil am Rhein und der Wiesentalerschule in Maulburg informieren. Bei den Besuchen wollen sich die Abgeordneten über die Konzepte, das Engagement der Lehrkräfte und die Lernatmosphäre an den Gemeinschaftsschulen informieren. In einer gemeinsamen Pressemitteilung bezeichnen sie diese als gleichwertige Alternative zum bekannten Angebot und empfehlen Eltern von Viertklässlern, die Chance zu Information und Beratung zu nutzen.



Der neue Nahverkehrsplan für den Busverkehr im Landkreis soll 2016 vorankommen.

FOTO: GRAMESPACHER

Mobilität an erster Stelle

Umwelt- und Betriebsausschuss Abfallwirtschaft befasst sich mit strategischen Schwerpunkten

Von Daniel Gramespacher

LÖRRACH. Der Themenkomplex Verkehr und Mobilität ist und bleibt der strategische Schwerpunkt Nummer eins in der Politik des Landkreises Lörrach. Das hat der Kreistag im Frühjahr festgelegt. Um Vorhaben für 2016 geht es bei der öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses und Betriebsausschusses Abfallwirtschaft heute, Dienstag, 15 Uhr, im Landratsamt.

Verkehr & Mobilität

Wo der Fokus im kommenden Jahr liegt, hatte Landrätin Marion Dammann bereits beim Einbringen des Haushaltsentwurfs im Oktober skizziert: auf dem Nahverkehrsplan. Die zentrale Frage lautet dabei: Wie lassen sich der öffentliche Personennahverkehr verbessern und gleichzeitig denkbare Qualitätssteigerungen finanziell tragbar gestalten? Im Agglomerationsprogramm Basel will der Landkreis die Strategien zu Straße, S-Bahn, Fuß- und Radverkehr sowie der Siedlungsentwicklung mitverfolgen. Gleiches gilt für die Elektrifizierung der Hochrheinstraße, wo die Entwurfs- und Genehmigungsplanung im Rahmen der Interreg-Förderung forciert werden soll. Ziel auf der Ober-

rheinstrecke bleibt ein 30-Minuten-Takt zwischen Basel und Müllheim. Darauf achten will der Kreis, dass die Ergebnisse des Projektbeirats zur Rheintalbahn vom Juni mit den wichtigen Verbesserungen im Lärmschutz, beim Landschaftsbild und beim Zuführen des Güterverkehrs zum Katzenbergtunnel tatsächlich erreicht werden. Zudem will der Kreistag am 25. November das Investitions- und Erhaltungsprogramm 2016 bis 2020 an den Kreisstraßen für den Individualverkehr einschließlich Radwege beschließen.

Wirtschaft & Strukturpolitik

Handlungsfähig soll 2016 der Zweckverband Breitbandversorgung Landkreis Lörrach werden. Dessen Investitionen laufen allerdings außerhalb des Kreishaushalts. Besonders weiterzuentwickeln seien die Aufgaben des Landkreises als Träger eines Entwicklungskonzepts, mit der die funktionalen Räume für sich und in Beziehung zueinander gestärkt werden sollen, sagte die Landrätin. Hier geht es besonders um das Kleine Wiesental und den Gemeindeverwaltungsverband Schönau. Geprüft werden soll, in welche Herausforderungen der urbanen Räume sich der Landkreis unterstützend einbringen kann und in welcher Form dies erfolgen soll. Dabei hob Marion Dammann das Thema Wohn-

raum im Hinblick auf die Flüchtlinge sowie auf die Grenzgänger hervor.

Umwelt, Energie & Klimaschutz

Diesem Trio ordnet die Landrätin wichtige Daueraufgaben mit zum Teil erheblichen Ressourceneinsatz zu, zum Beispiel im Bereich Umwelt Gewässerschutz, Altlasten/Bodenschutz, Immissionsschutz, Anlageneignung und Abfall. Im Bereich Energie sei das energiepolitische Arbeitsprogramm weiter abzuwickeln und die Maßnahmen im Rahmen des Zertifizierungsprozesses European Energy Awards zu verfolgen.

Abfallwirtschaft

Die strategischen Themen des Eigenbetriebs liegen bei der getrennten Erfassung der Bioabfälle sowie in der Verbesserung der Wertstoffeffizienz und Vermarktung. Auf längere Sicht müsse die Entsorgungssicherheit über die Kreismülldeponie Scheinberg gewährleistet werden, hielt die Landrätin fest. Die Einführung der Biotonne mit einer hohen Erfassungsquote und guter Qualität sowie über die Ergebnisse der Klimaschutzteilkonzepte in die regionale Kreislaufwirtschaft und Ressourcennutzung einzusteigen, sind die Ziele. Dabei sei das Abfallwirtschaftskonzept fortzuschreiben.

(K)ein bisschen Frieden

Podiumsdiskussion

LÖRRACH (BZ). „70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und (k)ein bisschen Frieden“ lautet das Thema einer Podiumsdiskussion am Freitag, 20. November, 19 Uhr, im Hebelsaal des Dreiländermuseums Lörrach. Es diskutieren der CDU-Bundestagsabgeordnete Armin Schuster, Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums, dessen SPD-Kollegin Rita Schwarzelühr-Sutter aus dem Wahlkreis Waldshut, parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, der Grünen-Landtagsabgeordnete Josha Frey, sucht- und europapolitischer Sprecher seiner Fraktion sowie Vorsitzender des Caritasrats im Landkreis, sowie Theo Ziegler, Religionslehrer aus Breisach, Mitinitiator des neuen friedensethischen Leitbildes, das im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentags Stuttgart 2015 zur Diskussion gestellt wurde.

Nach einem Impulsbeitrag „Friedenslogik versus Sicherheitslogik“ von Ziegler sollen folgende Themen – auch mit dem Publikum – diskutiert werden: friedenspolitische Zielperspektiven der Parteien, praktische Schritte und Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung, Schaffung einer UN-Polizei, konkrete Abrüstungsschritte bei Atomwaffen und bewaffneten Drohnen. Moderatorin der Diskussion ist Oberkirchenrätin Karen Hinrichs.

Das Podiumsgespräch ist Teil der 36. bundesweiten ökumenischen Friedensdekade unter dem Motto „Grenzerfahrung“. Veranstalter ist der Evangelische Kirchenbezirk Markgräflerland.

BRIEFE AN DIE BZ

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Arbeit wird falsch bewertet

Zum Artikel „Kinder soll man genau beobachten“ (BZ vom 11. November)

Der grüne Dreiklang „Bildung-Erziehung-Betreuung“ ist dissonant. „Bindung-Erziehung-Bildung“ ist die gedeihliche Reihenfolge, denn Bildung kann nur auf einer sicheren Bindung fruchten.

Die schlechte Bezahlung im Bereich der Erziehenden krankt doch an einer gesellschaftlichen Falschbewertung von Arbeit. Grob gesprochen ist Arbeit an Maschinen (Männerdomäne) viel besser bewertet als Arbeit an, mit und für Menschen (Frauendomäne). Eine neue amerikanische Langzeitstudie SMPY (Study of Mathematically Precocious Youth) zeigt, nun endlich wissenschaftlich, belegt was wir schon lange wussten, nämlich, dass Männer die Arbeit mit Dingen bevorzugen, Frauen mit Menschen. Letzteres ist wohl mindestens so wichtig wie das Erstere. Da müsste doch endlich eine gesellschaftliche Diskussion über die Bewertung von Arbeit in Gang kommen.

Außerdem wünsche ich mir von Grüner Politik statt Staatsideologie echte Wahlfreiheit für junge Eltern. Wenn sie für die Betreuung ihrer Kleinstkinder (0 bis drei Jahre) einen Krippenplatz in Anspruch nehmen, ist das hochsubventioniert. Übernehmen sie diese wichtige und unwiederbringliche Aufgabe selbst, fehlt eine ausreichende soziale und finanzielle Absicherung weitgehend. Familienarbeit ist also nur dann überhaupt etwas wert, wenn sie (zu schlechten Bedingungen) an Dritte delegiert wird. Es kann auch nicht angehen, dass wir Alten so lange wie möglich zu Hause um- und versorgt werden wollen, während die Kleinsten das Nest so früh wie möglich verlassen sollen. Artgerechte Haltung nur für Tiere?

Thea Philipp-Schöllermann, Grenzach-Wyhlen

Lehrer fühlen sich alleingelassen mit Veränderungen

Bei einer Klausurtagung legte der Kreisvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schwerpunktthemen für 2016 fest

Von Britta Wieschenkämper

LÖRRACH. Die tiefgreifenden Veränderungen der Schullandschaft machen den Lehrern schwer zu schaffen. Mit 1200 Mitgliedern im Kreis ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die größte Interessenvertretung für Lehrer. In einer Klausurtagung legten die Vorstandsmitglieder der GEW ihre Schwerpunktthemen fürs kommende Jahr fest.

Mit dem Wechsel der Landesregierung sollte eigentlich alles besser werden. Jahrelang haderten die Vertreter der GEW mit der Bildungspolitik der schwarzen Regierung. Die grün-rote Landesregierung nahm auch gleich verschiedene bildungspolitische Veränderungen in Angriff. „Es sind eigentlich gute Ansätze da, aber wir sind mit der Art der Art der Umsetzung unzufrieden“, bemängelt Anja Hanke, Vorsitzende des Kreisverbandes. „Die Lehrerbasis ist verunsichert und fühlt sich mit den starken Veränderungen, die es an den Schulen gibt, alleingelassen.“

Dass zum Beispiel die verbindliche Grundschulempfehlung aufgehoben wurde, stellt für die weiterführenden Schulen heute ein schwerwiegendes Problem dar. Die Lehrer hätten eigentlich gewollt, dass die frühe Differenzierung in drei Schulwege aufgehoben wird. „Es sollte länge-



Anja Hanke, ihre Stellvertreterinnen Angelika Beck-Bürkert und Romy Engst sowie Pressereferent Bernhard A. Wehrle

FOTO: WIESCHENKÄMPER

res gemeinsames Lernen möglich sein“, sagte Hanke. Die Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung führe dazu, dass kaum noch Eltern ihre Kinder zur Werkrealschule schicken.

Angelika Beck-Bürkert, stellvertretende GEW-Vorsitzende im Kreis, berichtete von der Situation in Steinen, wo es am Schulzentrum keine fünfte, sechste und siebte Klasse mehr in der Werkrealschule gibt. Als Folge sind in der Realschule Schüler mit sehr heterogenen Leistungen

in einer Klasse, denn selbst wenn Steiner Eltern ihre Kinder zur Werkrealschule schicken wollen, tun sie das nicht mehr, weil sie die Fahrtkosten nach Maulburg nicht auf sich nehmen möchten.

Für die Lehrer sei es sehr schwierig, bei gleichbleibender Klassengröße mit so unterschiedlich begabten Schülern zu arbeiten und dabei jedem Schüler gerecht zu werden. In ein und derselben Klasse sitzen Schüler, die zum Realschulabschluss oder zum Hauptschulabschluss geführt

werden sollen und auch noch Schüler mit besonderem Förderbedarf. „Das ist eine Überforderungssituation für Lehrer“, sagt Beck-Bürkert.

Ein weiteres Reizthema sei die Inklusion. Eigentlich sei angedacht gewesen, dass jedes Kind mit besonderem Förderbedarf drei Stunden pro Woche begleitet wird. Doch es gebe zu wenig Sonderpädagoginnen, um dies umzusetzen. „Uns wurde versprochen, dass zwei Pädagoginnen in den Klassen sind“, sagte Hanke. Tatsache sei jedoch, dass dies maximal vier bis fünf Stunden pro Woche der Fall ist. „Die Kollegen fühlen sich alleingelassen.“ Inklusion sei wünschenswert, doch so, wie sie zurzeit umgesetzt würde, problematisch. Die Inklusionsschüler müssten intensiver begleitet werden und die Klassen kleiner sein.

Das dritte große Thema der GEW im Landkreis Lörrach ist die Ganztagschule. Auch hier wurde die Umsetzung nicht so vollzogen, dass die Lehrer damit zurecht kommen. „Ohne Frage hat die Landesregierung Geld in die Hand genommen“, räumt Anja Hanke ein. „Doch für diese Herkulesaufgaben ist einfach nicht genug da.“ Die gerechteren Bildungschancen, die die Gewerkschaft erreichen wollte, seien in der Art, wie Reformen bisher umgesetzt wurden, nicht möglich, stellt sie fest.

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Sie werden nur mit vollem Namen veröffentlicht. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht zur Kürzung vorbehalten.